



**Interpellation von Ronahi Yener, Virginia Köpfli, Isabel Liniger und Anna Spescha
betreffend Klimaschutz im Kanton Zug
vom 14. September 2021**

Die Kantonsrätinnen Ronahi Yener, Baar, Virginia Köpfli, Hünenberg, Isabel Liniger, Baar, und Anna Spescha, Zug, haben am 14. September 2021 folgende Interpellation eingereicht:

Dieser Sommer war kein gewöhnlicher Sommer in der Schweiz. Überflutungen und Hagelschäden standen auf dem Dauerprogramm. Auch der Kanton Zug war von dieser ausserordentlichen Wettersituation stark betroffen. Der im Auftrag der UNO erstellte sechste Klimabericht des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) bestätigt, dass diese extremen Wetterereignisse Teil des menschengemachten Klimawandels sind und auch in der Zukunft verstärkt auftreten werden. Realistische Zukunftsszenarien besagen, dass die globale Oberflächentemperatur bis 2050 die Zwei-Grad-Grenze überschreiten wird. So werden Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Dürren und auch stürmische Niederschläge häufiger und intensiver auftreten. Der Weltklimarat zeigt dabei im diesjährigen IPCC-Bericht nicht nur Zukunftsszenarien auf, sondern stellt aktuelle Zustände dar.

Wird nichts unternommen, stehen der Schweiz, laut der ETH Lausanne, bis 2060 jährliche Kosten in Milliardenhöhe bevor. Diese Kosten hat der Kanton Zug mitzuverantworten und auch mitzutragen.

Die Massnahmen sind nicht nur von Bern oder länderübergreifend zu treffen, sondern es fragt sich, was der «kleine Kanton Zug» mit grossem Einfluss auf den Schweizer Finanz- und Wirtschaftsplatz bei diesen aktuellen Szenarien auf kantonaler Ebene tun kann und welche Massnahmen gefragt sind.

Mit dem [Klimaaktionsplan](#) wurde ein Massnahmenkatalog durch den Klimastreik Schweiz in Zusammenarbeit mit Wissenschaftler:innen erstellt. Die «Lösungsmöglichkeiten» sind dementsprechend bereits zusammengefasst einsehbar und müssten nicht noch zusätzlich erarbeitet werden.

Im Wissen um die Notwendigkeit einer konsequenten und griffigen Klimapolitik gelangen wir mit folgenden Fragen an den Regierungsrat:

1. Inwiefern fliesst der IPCC-Bericht 2021 und dessen Erkenntnisse in die Geschäfte der Regierung und des Kantons ein?
2. Sieht der Regierungsrat – nicht zuletzt aufgrund des vorliegenden IPCC-Klimaberichtes – einen erhöhten Handlungsbedarf für Klimaschutzmassnahmen in unserem Kanton und welche Strategie verfolgt er in diesem Bereich?
3. Was ist die Haltung des Regierungsrats gegenüber dem Klimaaktionsplan?
4. Welche Massnahmen des Klimaaktionsplans könnten im Kanton Zug umgesetzt werden?
5. Was spricht aus Sicht des Kantons Zugs für respektive gegen eine Umsetzung der möglichen Massnahmen des Aktionsplanes?

Insbesondere bei den folgenden Kapiteln wüssten wir gerne, wie sich der Regierungsrat positioniert:

- a. Kapitel 2 – Mobilität: Wie könnten die Vorschläge im Klimaaktionsplan mit dem Mobilitätskonzept vereinbart werden, wo gibt es Widersprüche?
- b. Kapitel 3 – Gebäude und Raumentwicklung: Die MuKE 2014 werden mit der Energiegesetzrevision eingeführt – müssten nicht progressivere Massnahmen, wie im Aktionsplan vorgeschlagen, umgesetzt werden?
- c. Kapitel 5 – Energieversorgung: Welche Massnahmen hat der Kanton Zug bereits umgesetzt und wo hat er Ausbaupotential?
- d. Kapitel 8 – Finanzsektor: Inwiefern kann sich der Kanton Zug vorstellen, in diesem Bereich Einfluss zu nehmen?